



Sitzungsniederschrift

Rat der Stadt Norderney

Sitzungsort:	Haus der Insel, Nordeingang - Konferenzraum 3-4, Am Kurtheater 2	
Sitzungsdatum:	22.04.2015	Niederschrift gefertigt am: 29.06.2015
öffentlich	Beginn: 18.00 Uhr	Ende: 19.40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

RV Johannes Terfehr

Stimmberechtigtes Mitglied

BG Jann Ennen
RM Helga Meyer
2. stv. BM Karin Rass
RM Stefan Wehlage
RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann
RM Barbara Bakker-Dinkla
RM Christian Budde
1. stv. BM Jan Harms
BG Sascha Nüchter
RM Reinhard Kiefer
RM Manfred Plavenieks
BG Axel Stange
BM Frank Ulrichs

Von der Verwaltung

AV Holger Reising
Stl Andreas Goldberg
Dipl.-Ing. Frank Meemken
Verw.-Ang. Hans-Joachim Raß

Schriftführer

Verw.-Angest. Irene Köß

Entschuldigt fehlen:

RM Heidi Raschke
RM Bernd Flessner
BG Bernhard Onnen

Tagesordnung

5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
6. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
7. Haushaltsplan für das Jahr 2015 mit Investitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2018 und Wirtschaftsplan für die Technischen Dienste Norderney für das Jahr 2015
8. Bebauungsplan Nr. 25 C 'Nordhelm Ost' - Verfahren zur 2. Änderung
 - a) Beratung über die während der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen
 - b) Satzungsbeschluss
9. Bebauungsplan Nr. 28 "Am Weststrand" - Verfahren zur 4. Änderung
 - a) Beratung über die während der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen
 - b) Satzungsbeschluss
10. Beschluss zur Umsetzung der Verpflichtungen aus § 11 des zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Norderney geschlossenen Kommunalisierungsvertrages vom 31.12.2002
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Anfragen und Anregungen
13. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

RV Terfehr eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 6. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse.

BM Ulrichs berichtet über den Beschluss in der nichtöffentlichen Sitzung: Eine Teilfläche der Flurstücke 16/18 und 16/37, beide Flur 21 der Gemarkung Norderney, mit einer Größe von voraussichtlich 135 qm, sei an die Stadtwerke Norderney GmbH verkauft worden.

TOP 7. Haushaltsplan für das Jahr 2015 mit Investitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2018 und Wirtschaftsplan für die Technischen Dienste Norderney für das Jahr 2015

Die Haushaltsreden von BM Ulrichs, 1. stellv. BM Harms und RM Wehlage sind der Niederschrift beigefügt.

BG Ennen stellt in seiner Haushaltsrede fest, dass die CDU/FDP dem Haushalt zustimmen werde. Er weist darauf hin, dass die Zweitwohnungssteuer zum Haushalt ca. 1 Mio € beisteuere. Ausdrücklich bedankt er sich bei der Kämmerei, die trotz widriger Umstände einen Haushaltsplan vorgelegt habe.

BM Ulrichs weist darauf hin, dass in der Haushaltsrede von RM Wehlage einige unrichtige Aussagen getroffen worden seien, und bittet RM Wehlage um Rücksprache nach der Sitzung.

RM Wehlage fragt, ob tatsächlich von den Vollzugsbeamten so viel eingenommen werde, dass damit ihre Stellen finanziert werden könnten. BM Ulrichs antwortet, dass vier Vollzugsbeamte sich nicht selbst finanzieren könnten. Durch ihre Arbeit nähmen sie Einfluss auf das Verhalten der Autofahrer, und dadurch verringerten sich die Bußgelder.

Beschluss

Dem Haushaltsplan der Stadt Norderney für das Haushaltsjahr 2015 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2018 sowie dem Wirtschaftsplan des städtischen Eigenbetriebes Technische Dienste Norderney wird zugestimmt.

11 Stimmen dafür

3 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 8. Bebauungsplan Nr. 25 C 'Nordhelm Ost' - Verfahren zur 2. Änderung
a) Beratung über die während der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss

BM Ulrichs erläutert, dass noch eine textliche Festsetzung in der Begründung getroffen werde, die es ermögliche, mehr Dauerwohnraum zu schaffen.

RM Wehlage erklärt, dass seine Fraktion der ursprünglichen Fassung des Bebauungsplans zugestimmt hätte, der nun vorgelegten Fassung aber die Zustimmung verweigere. Die neue Fassung führe zu einer Verdichtung hinsichtlich der Parkplätze und zu einem höheren Verkehrsaufkommen.

1. stellv. BM Harms weist darauf hin, dass man sich entsprechend der Eingaben aus der Bevölkerung analog dem Bebauungsplan Nr. 25 B „Nordhelm-Mitte“ verhalte.

BG Ennen nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss

- a) Die während der Auslegungsverfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 C „Nordhelm Ost“ vorgebrachten Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die öffentlichen und privaten Belange werden gem. § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB) untereinander und gegeneinander abgewogen. Die Zusammenstellung (Anlage) ist Bestandteil des Beschlusses.
- b) Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – wird die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 C „Nordhelm Ost“ mit der dazugehörigen Begründung vom Rat der Stadt Norderney als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan besteht aus dem Satzungstext und der Begründung.

10 Stimmen dafür

3 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 9. Bebauungsplan Nr. 28 "Am Weststrand" - Verfahren zur 4. Änderung

- a) Beratung über die während der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen**
- b) Satzungsbeschluss**

BM Ulrichs weist darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss nach ausführlicher Aussprache am Vormittag beschlossen habe, die Breite der Planstraße im Bereich des Einheimischenmodells bei 6 m zu belassen. Man sei sich sicher, dass damit allen Belangen der Anwohner Genüge getan werde.

Auf Nachfrage von BG Stange erläutert BM Ulrichs, dass beim ersten Ortstermin nach einem Fahrversuch für den betroffenen Anwohner die Notwendigkeit einer Straßenbreite von 6,50 m festgestanden habe. Es solle allerdings eine Stichstraße entstehen, die ein Rangieren möglich mache. Käme man der Forderung nach 6,50 m nach, müsse ein anderer zukünftiger Anwohner auf einen Garten verzichten.

RM Wehlage führt aus, dass seine Fraktion auch in diesem Fall mit Nein stimmen werde. Der Bebauungsplan werde zu einer „Bauwut“ führen und auch Einfluss auf die Zukunft von „Hinnis Tuun“ nehmen.

Beschluss

- a) Die während des Auslegungsverfahrens zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 „Am Weststrand“ vorgebrachten Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die öffentlichen und privaten Belange werden gem. § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB) untereinander und gegeneinander abgewogen. Die Zusammenstellung (Anlage) ist Bestandteil des Beschlusses.
- b) Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – wird die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 „Am Weststrand“ mit der dazugehörigen Begründung vom Rat der Stadt Norderney als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan besteht aus dem Satzungstext und der Begründung

11 Stimmen dafür

3 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 10. Beschluss zur Umsetzung der Verpflichtungen aus § 11 des zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Norderney geschlossenen Kommunalisierungsvertrages vom 31.12.2002

BM Ulrichs erläutert, dass die Kommune zum 01.01.2003 im Gegenzug zur umfänglichen Übertragung von Grundstücksflächen gegenüber dem Land Niedersachsen die Verpflichtung übernommen habe, die nicht für den Betrieb des Bades notwendigen Flächen in Abstimmung mit dem Land wertvoll zu überplanen. Diese sollten dann zur Nutzung im Rahmen der im jeweiligen Bebauungsplan festgelegten Bestimmung vom Land veräußert werden. Für die Flächen der damaligen Tennisplätze an der Knyphausenstraße und des alten Seestegschuppens sei diese Verpflichtung schon vor Jahren umgesetzt worden. Zu den zu verwertenden Flächen gehöre auch das Grundstück der Flur 10, Flurstück 8/39, zur Größe von insgesamt 9.142 qm, südlich der Weststrandstraße, das im Volksmund „Hinni (Buck) sien Tuun“ genannt werde. Das sumpfige Wald-Gebiet zwischen dem „Haus Storchennest“ und dem Haus des Kurdirektors gehöre nicht zu dem Gebiet. Das betreffende Grundstück sei heute im Bebauungsplan Nr. 28 als Kurbetriebsgrundstück ausgewiesen. Der Beschluss aus TOP 9 betreffe das Grundstück nicht. Die Nutzungsfestsetzung als Kurbetriebsgrundstück sei schon bei den Vertragsverhandlungen zur Kommunalisierung als überholt angesehen worden. Heute sei das Areal stark verwildert und hinsichtlich seines optischen Zustandes umstritten.

Das Land Niedersachsen habe nun seinen vertraglichen Anspruch bekräftigt, wonach das Grundstück zu überplanen sei. Das Land habe signalisiert, dass ihm die schwierigen spekulativen Bodenpreisverhältnisse auf Norderney bewusst seien und man keinesfalls die Planungshoheit der Kommune beeinträchtigen oder der Stadt eine spezielle Nutzung aufdrängen möchte. Wertvolle Überplanung bedeute für das Land nicht zwingend, dass mit dem Grundstück ein maximaler Gewinn erzielt werden solle. Man strebe gemeinsam mit der Kommune eine sinnvolle Planung an, die auch den Interessen der Stadt Norderney gerecht werde. Das Finanzministerium bitte um eine Absichtserklärung des Rates der Stadt Norderney, worin dieser sich zu dem Vertrag bekenne. An der Verpflichtung der Stadt Norderney bestehe kein Zweifel.

2. stellv. BM Rass richtet einen dringenden Appell an den Rat. Sie weist darauf hin, dass es sich um das letzte Stück Natur im Westteil der Insel handele. Es bestehe immer die Möglichkeit nach zu verhandeln. Wenn überall Häuser stünden, sei das Leben auf der Insel für Einheimische und Gäste nicht mehr so lebenswert. Sie sieht einen Zusammenhang zwischen der Forderung des Landes und dem fortgeschrittenen Projekt „Einheimischenmodell Südwesthörn“ und bezeichnet die Vorgehensweise des Landes als „Erpressung“. 2. stellv. BM Rass beantragt für ihre Fraktion, heute keinen Beschluss zu fassen und zunächst eine Untersuchung der Tierwelt auf dem Areal vornehmen zu lassen. Möglicherweise sei ein schützenswertes Biotop entstanden.

BM Ulrichs stellt fest, dass das Grundstück sowieso wie andere Grundstücke im Rahmen weiterer Überlegungen und Planungsabsichten untersucht werde. Er halte es nicht für sinnvoll, diese Untersuchung vorwegzunehmen und dem Land Niedersachsen damit zu signalisieren, dass man Planungen verhindern wolle. BM Ulrichs erklärt, dass im Zuge der Gespräche über das Einheimischenmodell auch über „Hinnis Tuun“ gesprochen worden sei. Die Stadt könne nicht immer nur die Hand aufhalten, sondern müsse auch dem Land entgegenkommen und ihre Verpflichtungen einhalten.

RM Aldegarmann weist darauf hin, dass die Vertreterin des Finanzministeriums regelmäßig im Aufsichtsrat des Staatsbades auf die vertragliche Verpflichtung hingewiesen habe. BM Ulrichs stellt fest, dass sich niemand darum reiße, das Grundstück zu überplanen.

RM Wehlage gibt zu bedenken, dass das Feuchtgebiet kein solches mehr wäre, wenn das zu überplanende Gelände in der Nachbarschaft bebaut würde (wegen Grundwasserabsenkungen etc.). Es handele sich um das letzte feuchte Dünenental am Westkopf von Norderney. Er weist darauf hin, dass ein Vertrag wie der Kommunalisierungsvertrag heute wegen einer Änderung im BauGB nicht mehr möglich sei. In § 1 BauGB heiße es: „Auf die Aufstellung von Bauleitplänen und städtebaulichen Sat-

zungen besteht kein Anspruch; ein Anspruch kann auch nicht durch Vertrag begründet werden.“ Darauf könne man das Land Niedersachsen verweisen.

RM Budde schlägt RM Wehlage vor, sich an den nieders. Umweltminister zu wenden, der auch der Partei Bündnis 90/Die Grünen angehöre. RM Wehlage entgegnet, dass der Rat seine Verantwortung nicht wahrnehmen, sondern diese auf die Landesregierung abschieben wolle. RM Kiefer weist darauf hin, dass eine Überplanung nicht unbedingt eine Bebauung bedeute.

2. stellv. BM Rass beantragt erneut die Vertagung des Beschlusses, um nach zu verhandeln.

Beschluss

Es wird beschlossen, über den Beschlussvorschlag heute nicht abzustimmen, sondern die Beschlussfassung zu vertagen.

3 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss

In Anerkennung der Verpflichtung gem. § 11 des Kommunalisierungsvertrages vom 30.12.2002 bekundet der Rat der Stadt Norderney seine Absicht, das Flurstück 8/39 der Flur 10 (Gemarkung Norderney) innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren wertvoll zu beplanen und die künftige Nutzung im anzupassenden Bebauungsplan Nr. 28 entsprechend festzuschreiben. Die Flächen sollen dann in Abstimmung mit der Kommune vom Land gemäß der im vorgenannten Vertrag vereinbarten Konditionen veräußert werden.

11 Stimmen dafür 3 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen

TOP 11. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 12. Anfragen und Anregungen

RM Budde schildert, dass es Unmut wegen des Taxiverkehrs am Kurplatz gebe. Taxis könnten das MVZ und das Hotel König nicht mehr anfahren. Die Taxifahrer hätten die Auskunft erhalten, sie müssten einen Antrag wegen einer Ausnahmegenehmigung beim Landkreis Aurich stellen. Seiner Meinung nach müsse ein Schild „Taxis frei“ aufgestellt werden. Wolle man die Durchfahrt von Taxis verhindern, die nur eine Abkürzung nähmen, müsse das Schild entsprechend angepasst werden. Es könne nicht sein, dass ältere Leute und Gäste mit Gepäck laufen müssten.

BM Ulrichs antwortet, er verstehe nicht, warum in diesem Jahr kein Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung gestellt worden sei. Ein solcher würde sofort bewilligt werden. Dass der Verkehr an dieser Stelle auf ein Minimum reduziert werden solle, sei vermutlich der Grund, dass ein „Taxis frei“-Schild nicht aufgestellt worden sei. Er werde sich um die Angelegenheit kümmern.

TOP 13. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Herr Jentsch fragt, ob im letzten Beschluss tatsächlich das Wort „veräußern“ genannt worden sei. BM Ulrichs antwortet, dass das Land Eigentümer des Grundstücks sei, es jedoch an keinen Dritten ohne die Zustimmung der Stadt Norderney verkaufen werde. Man könne auf dem Gelände auch etwas entwickeln, was für Norderney von Interesse wäre, z. B. eine Seniorenwohnanlage.

b) Herr Jentsch erkundigt sich, in welcher Form das 5-Sterne-Hotel-Grundstück verkauft worden sei. BM Ulrichs antwortet, dass der Verkauf noch nicht erfolgt sei. Es werde kein Erbbaurechtsvertrag geschlossen werden.

c) Frau Behr bittet BM Ulrichs, 1. stellv. BM Harms und BG Ennen um eine Stellungnahme zu der Frage „Was werden Sie tun, damit Hinnis Tuun erhalten bleibt?“ BM Ulrichs antwortet, auf diese Frage sei momentan keine Antwort möglich, weil man damit dem Planungsprozess vorgreife. Er könne nicht versprechen, dass auf dem Grundstück alles bleibe, wie es sei. Es gebe eine vertragliche Verpflichtung gegenüber dem Land, die andere eingegangen seien als die heute handelnden Personen. 1. stellv. BM Harms schließt sich den Worten des Bürgermeisters an. BG Ennen sieht angesichts des grünen Umweltministers und der Beteiligung der Grünen an der Landesregierung andere mehr in der Pflicht als die Stadt Norderney.

d) Herr Moroni fragt, warum man im Bebauungsplan Nr. 28 die Passage unter Ziffer 6 der Festsetzungen („Innerhalb der festgesetzten Sondergebiete wird die Anzahl der Wohnungen zum dauernden Aufenthalt für Personen mit Lebensmittelpunkt auf Norderney je Wohngebäude auf eine Wohnung begrenzt.“) nicht streiche. Unter Ziffer 5 heiße es: „Innerhalb der festgesetzten Sondergebiete ist je Wohngebäude mindestens eine Wohnung zum dauernden Aufenthalt für Personen mit Lebensmittelpunkt auf Norderney vorzusehen.“ Das Ziel, Ferienwohnungen als Dauerwohnraum nutzen zu können, sei damit erreicht.

BM Ulrichs antwortet, dass Änderungen innerhalb der maßgeblichen Festsetzungen zu einer nochmaligen Auslegung geführt hätten, die in diesem Fall nicht gewollt seien. Die Politik könne mit diesen Festsetzungen leben. Für den Einzelfall werde eine Lösung gefunden. Herr Moroni ist der Auffassung, dass das Streichen einer Passage zugunsten der Bürger keine neue Auslegung erforderlich mache.

e) Ein Bürger fragt, wo er einen Haushaltsplan bekommen könne. 1. stellv. BM Harms verweist ihn auf das Internet und die Möglichkeit, im Rathaus Einsicht in den Plan zu nehmen.

f) Eine Bürgerin erkundigt sich, wie lange das Grundstück „Hinnis Tuun“ schon brach liege. Seit 1960 kenne sie den jetzigen Zustand. Niemand kann eine genaue Jahreszahl nennen.

g) Herr de Boer fragt, ob das Land das Grundstück „Hinnis Tuun“ ohne Einfluss der Stadt Norderney zu einem Spekulationsobjekt machen könne. Außerdem meint er, das Nichthandeln der Stadt Norderney könne so ausgelegt werden, dass der Wille zur hochwertigen Nutzung nicht gegeben sei. BM Ulrichs antwortet, dass das Grundstück immer ein Entwicklungsgrundstück gewesen sei. Durch den Vertrag habe man verhindern wollen, dass das Grundstück spekulativen Interessen zum Opfer falle. Mittlerweile habe man sich daran gewöhnt, dass es eine Grünfläche sei. Die Stadt Norderney habe die Planungshoheit über das Grundstück, und der Umgang des Landes mit der Stadt sei sehr fair. RV Terfehr ergänzt, dass der Begriff „hochwertig“ nicht unbedingt monetär zu verstehen sei.

h) Herr de Boer erkundigt sich, warum beim Projekt „Einheimischenmodelle“ einzeln stehende Häuser geplant worden seien. Schlösse man die Lücken zwischen den geplanten Häusern, könne man mehr Bauten ermöglichen. BM Ulrichs antwortet, dass die vorgesehenen Häuser am besten zur Umgebung passten und dem Bedürfnis nach einem Gartenstück entsprächen. Eine noch größere Verdichtung auf dem Gelände sehe er als nachteilig an.

i) Ein Bürger fragt, ob auf dem Grundstück mit dem jetzigen Haus des Kurdirektors ein drittes Haus entstehen solle. Auf der Zeichnung sei ein drittes Gebäude eingezeichnet. BM Ulrichs antwortet, dass das Haus des Kurdirektors aus den 60er Jahren stamme und es erheblichen Sanierungsbedarf gebe. Deshalb habe man zwei Bauteppiche für Betriebszwecke des Staatsbades im Rahmen des heutigen Grundstücks ausgewiesen. Es sei nicht beabsichtigt, in absehbarer Zeit beide zu bebauen.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Terfehr
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Köß
(Protokollführerin)